Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 8

Artikel: Moskaus Kirchenpolitik

Autor: M.C.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076846

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Moskaus Kirchenpolitik

Die Sowjetunion, das Land des «kämpferischen» Atheismus, liess auch in jüngster Zeit in Fragen der Kirchenpolitik viel von sich vernehmen. Chruschtschews Konzeption im Kampf gegen die Religion ist in der Tat von derjenigen Stalins verschieden. Von einer Aufgabe des endgültigen Zieles, nämlich die Vernichtung der Kirchen, kann aber keine Rede sein. Der XXI. Parteikongress der KPdSU (1958) hat die Religion im Sinne des Marxismus-Leninismus als ein «kapitalistisches Ueberbleibsel» charakterisiert, dessen Entfernung nach wie vor eine der Hauptsorgen der Partei bleibt. In den Entschliessungen des XXII. Parteikongresses im Jahre 1961 heisst es unter anderem: *«Die kommunistische Erziehung fordert die Befreiung des Bewusstseins von religiösen Vorurteilen und Aberglauben, die alle Sowjetmenschen daran hindern, ihre individuelle schöpferische Kraft voll zu entfalten. Ein gut durchdachtes und wohlproportioniertes System der wissenschaftlichen atheistischen Propaganda ist nötig. Es soll alle Schichten und Gruppen der Bevölkerung umfassen und die Ausdehnung religiöser Verhaltensweisen, besonders unter den Kindern und Jugendlichen, verhindern.»*

Ausser diesen theoretischen und praktischen Anweisungen seitens der Partei, liest man in der Sowjetpresse nicht mehr soviel über den Kirchenkampf, wie dies früher der Fall war. Dieser Schein darf allerdings keinen trügen. Denn mit weniger auffallenden, aber um so wirksameren Mitteln geht der Kampf gegen die Religion weiter.

Chruschtschews Taktik

Der Urheber der neuen Taktik in der Kirchenpolitik ist Chruschtschew selbst. In seiner Jugendzeit liess ihn sein Ortspfarrer auf Kosten der Kirchengemeinde studieren und damals unterzog er sich einem gründlichen Bibelstudium. Heute noch bedient er sich in seinen Reden oft biblischer Zitate und er, der Erzpriester des Atheismus, ist nicht abgeneigt, den Namen Gottes seiner Argumentation dienlich zu machen. Allerdings sind solche Reden meist für das Ausland bestimmt. Für die Sowjetunion selbst bleibt er Atheist, auch in Worten, getreulich seines eigenen Eingeständnisses. Unterschiede zu Stalin sind bei Chruschtschew zweifellos festzustellen. Er geht langsamer aber um so sicherer vor; Beispiele von zeitbedingter Toleranz gegenüber der Religion hat er des öfteren geliefert.

Er war es, der die von Malenkow angeordneten *«100 Tage der antireligiösen Kampagne»* im Jahre 1954 gestoppt hatte und sich für eine Mässigung gegenüber dem Volk aussprach. Auf diese Weise sicherte er sich eine grosse Popularität für die folgenden Machtkämpfe. Nach seiner Machtübernahme setzte Chruschtschew seine milde Taktik fort, indem er unterstrich, dass man die Religion nicht mit administrativen Massnahmen, sondern mittels Agitation und Aufklärung bekämpfen sollte.

Dennoch dokumentierte Chruschtschew seine Einstellung zur Religion in einem Beschluss des ZK der KPdSU, der die Fronten absteckte: *«Die kommunistische Partei stützt sich auf die einzig richtige wissenschaftliche Weltanschauung, die des Marxismus-Leninismus, und auf dessen theoretische Grundlage, den dialektischen Materialismus; sie kann sich daher nicht teilnahmslos und neutral zur Religion verhalten, weil dies eine Ideologie ist, die mit Wissenschaft nichts zu tun hat.»*

Russen im Weltkirchenrat

Diese grundsätzliche Haltung hinderte Chruschtschew nicht, gemäss dem aussenpolitischen Interesse der UdSSR dem Moskauer Patriarchat im Jahre 1961 den Beitritt zum Weltrat der Kirchen zu gestatten.

Nach langen Jahren der erbarmungslosen Verfolgung hatte Stalin im Jahre 1942 der Kirche mehr Lebensraum gewährt und die

Alexis, Patriarch von Moskau und Grossrussland.

Unterstützung der Kirche für seinen Krieg gesucht, um sich damit gleichzeitig seinen westlichen Alliierten sympathisch zu machen. Nach dem Kriege aber änderte sich dieses «Wohlwollen» schnell. Der Moskauer Patriarch Alexis musste die Einladung der Oekumene zum Amsterdamer Kongress des Weltkirchenrates im Jahre 1948 ablehnen. Die Oekumene wurde kurzerhand zum Agenten des Kapitalismus und des Imperialismus gestempelt. Erst Chruschtschews Koexistenz-Parolen gaben dem Patriarchen grünes Licht für seine Verhandlungen mit dem Weltkirchenrat, die 1958 eingeleitet und 1961 mit der Annahme des Moskauer Aufnahmegesuches erfolgreich beendet wurden. Zugleich wurden die Orthodoxen Kirchen Bulgariens, Polens und Rumäniens in den Weltrat der Kirchen aufgenommen.

Die grössere Bewegungsfreiheit des Moskauer Patriarchen verspricht dem Kreml einen vermehrten politischen Einfluss unter den farbigen Völkern, deren Kirchen im Weltrat zahlreich vertreten sind. Die Hoffnung, dass nach der Aufnahme der Russisch-orthodoxen Kirche in den Weltrat sich die Religionsverfolgung in der UdSSR vermindere, erfüllte sich leider nicht. Vor den Augen der ökumenischen Christenheit geht sie weiter. Die russische Kirche selbst muss ihre Verfolgung verheimlichen, genauso, wie in den 1930er Jahren der Metropolit Sergius die Religionsverfolgungen unter Stalin in Abrede stellen musste.

Nach verbürgten Informationen geht gegenwärtig über die russische Kirche eine neue Welle der Unterdrückung hinweg. Von 1960 bis 1962 wurden ungefähr 2000 Kirchen geschlossen. 1916 gab es etwa 78 000 russisch-orthodoxe Kirchen. Westliche Informationen geben heute ihre Zahl mit 10 000 an, wogegen aus dem Moskauer Patriarchat die Zahl von 20 000 verlautete.

In den 45 Jahren der Sowjetherrschaft in Russland wurden insgesamt etwa 60 000 russisch-orthodoxe Kirchen geschlossen. Unter den zahlreichen Beispielen des gegenwärtigen zermürbenden Kirchenkampfes ist der Fall des Klosters Ponchaiew bezeichnend:

Am 31. August 1962 drangen drei Offiziere der sowjetischen Geheimpolizei (Major Botschkarew und die Hauptleute Ostapenko und Maximow) mit zwölf Milizsoldaten in das Kloster ein und verhafteten unter Anwendung von Gewalt (ohne Befehl der Justizbehörden) den greisen Mönch, Pater Joseph, um ihn in eine Anstalt für Geisteskranke zu bringen, wo er nach Angaben des Klosters ermordet worden sein soll. Zwei andere Mönche wurden bei diesem Zwischenfall schwer verletzt. Durch schikanöse Massnahmen (zum Beispiel die üblichen «medizinischen Untersuchungen», bei denen jeweils eine Reihe von Mönchen und Priestern als geisteskrank «diagnostiziert» wird) versuchten Polizei und Parteibehörden, andere Mönche aus dem Kloster zu vertreiben. Pilger, die von weither zum Kloster kamen, wurden ebenfalls misshandelt. Die Zahl der Mönche des Klosters Ponchaiew wurde 1961 durch diese «medizinischen Untersuchungen» von 140 auf 36 reduziert. 23 Mönche erkrankten infolge dieser «Massnahmen» ernstlich.

Mit zahlreichen Bittschriften gelangten gläubige Russen und Priester an Chruschtschew, um diesen Gewalttaten ein Ende zu bereiten. Einige appellierten sogar an den Weltrat der Kirchen und an die Vereinten Nationen, damit im Interesse der Mönche entsprechende Schritte unternommen werden.

Eine eindeutige Möglichkeit der

Einmischung der Behörden

in das religiöse Leben der Kirchen bieten die vor kurzem veröffentlichten Ausführungsbestimmungen zum Gesetz *«über die Verantwortung des Staates bei der Gefährdung der Persönlichkeit und der Verletzung der Rechte der Sowjetbürger unter dem Vorwand der Ausübung religiöser Zeremonien»* vom 25. 7. 1962. Die Zeitschrift «Sowjetskaja Justicija» nennt die folgenden Tatbestände, die als strafbare Verbrechen qualifiziert werden: *«In vielen Sekten (zum Beispiel Pentokopten und Baptisten) erfolgt die Taufe durch Untertauchen im kalten Wasser... Im Gebietsspital von Donez befanden sich 80 Gemütskranke. 24 von ihnen starben infolge des ständigen Betens... Die «Zeugen Jehovas» und die Sekte der «Echten orthodoxen Christen» verbieten ihren Angehörigen den Militärdienst... ...Alle ge-*

nannten Handlungen sind im Sinne des Artikels 227 des Strafgesetzbuches strafbar. Für den Eintritt der Kinder in die erwähnten Sekten werden deren Eltern und andere Personen im Sinne des Artikels 227 des StGB bestraft werden. Die (zu verhängende) Strafe lautet auf Freiheitsentzug oder Verbannung bis zu fünf Jahren, verbunden mit einem eventuellen Vermögensentzug.»

Soweit die gesetzlichen Bestimmungen, die das Beten und die Taufe, die wichtigsten aller religiösen Handlungen, als «gesundheitsschädlich» bezeichnen und den Behörden jederzeit die Einmischung in das innerkirchliche Leben ermöglichen. Dieses harte Vorgehen des Sowjetstaates gegen die Religionsgemeinschaften vollzieht sich zusammen mit der mit allen Mitteln geförderten atheistischen Propaganda und widerlegt die angebliche Toleranz gegenüber den Kirchen in der Sowjetunion.

«Achse Moskau-Rom»?

Trotz aller schwerwiegenden und unüberbrückbaren Gegensätze versucht Chruschtschew nicht nur im Weltkirchenrat, sondern auch in Rom Fuss zu fassen. Die Annäherungsversuche begannen 1956. Damals besuchte der Sowjetbotschafter in Rom den Heiligen Stuhl und überreichte einen Abrüstungsvorschlag der Sowjetunion, obwohl es zwischen dem Vatikan und der UdSSR keine diplomatischen Beziehungen gibt. Die Note der sowjetischen Regierung konnte nicht angenommen werden. Am 20. 9. 1961 verzichtete auch die «Iswestija» auf die übliche Bezeichnung des Vatikans, als des *«Vollziehers der politischen Ideen des Imperialismus»*, und äusserte sich positiv zur Ansprache des Papstes über die Atomkriegspsychose (vom 10. 9. 1961). Chruschtschew selbst widmete der Friedensbotschaft des Papstes eine Erklärung. Am 25. 10. 1961 übermittelte er offiziell als Ministerpräsident der sowjetischen Regierung Papst Johannes XXIII. anlässlich seines Geburtstages herzliche Glückwünsche. In seiner Dankadresse entbot der Papst dem russischen Volk *«herzliche Wünsche zur Entwicklung und Festigung des Weltfriedens»*.

Die päpstliche Sozialenzyklika «Mater et Magistra» wurde zum Gegenstand der Ost—West-Auseinandersetzung. Nach anfänglichem Schweigen hat sich auch die kommunistische Welt mit der Enzyklika befasst, allerdings mit sehr unterschiedlichen Meinungen. Einerseits wird sie als *«Werkzeug der ideologischen Kriegsvorbereitung» charakterisiert*, anderseits aber erkennt man in ihr *«Tendenzen der Anerkennung der Politik der friedlichen Koexistenz»*. Die «Prawda» lehnte die Enzyklika kategorisch ab, während die philosophische Zeitschrift «Woprosy Filosofij» ihr grössere Bedeutung beimisst und in ihr eine Parallele zum Programm des XXII. Parteikongresses der KPdSU sieht. Aber auch der Angriff auf die Enzyklika fehlt nicht, indem sie als *«neues Manöver des Vatikans»* bezeichnet wird, *«um die breiten Massen von den fortschrittlichen Ideen»* fernzuhalten.

Die östliche Presse hat das II. Vatikanische Konzil eingehend behandelt und es gekennzeichnet als eine Angelegenheit, mit der *«die Kirche ihre verlorene Macht über die Arbeiterklasse zurückerobern und die Verbreitung der Ideen des Kommunismus aufhalten möchte»*. *«Die Imperialisten»*, heisst es anderer Stelle, *«sind bestrebt, die Volksmassen mit Hilfe der Kirche im antikommunistischen Geist und im Geiste des Hasses gegenüber den Ländern des sozialistischen Lagers zu erziehen.»*

Nach diesen feindseligen Erklärungen traf dann plötzlich die Nachricht ein, dass der Moskauer Patriarch bereit sei, seine Beobachter zum Konzil zu entsenden. Auch zum vergangenen Jahreswechsel sandte Chruschtschew dem Papst eine offizielle Grussadresse. Schliesslich ist auch die unerwartete Freilassung des ukrainischen katholischen Erzbischofs von Lemberg, Josyf Slipyj, ein Anzeichen der neuen kirchenpolitischen Taktik des Kremls. Verschiedene Beobachter sehen in der Freilassung des Metropoliten einen weiteren Schritt des Sowjetregimes auf dem Weg zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Heiligen Stuhl.

Es hat allerdings den Anschein, dass diese Schachzüge der Sowjetunion nicht nur der Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit dem Vatikan dienen, sondern auch rein propagandistischen Zwecken. Der Vatikan hat bisher gegenüber allen Annäherungsversuchen der Sowjets eine einzige Bedingung gestellt: die Sicherung der Gewissens- und Glaubensfreiheit. Dieser Preis war bisher für den Kreml zu hoch. Die Ereignisse der Zukunft werden zeigen, ob die Sowjetunion die berechtigten Forderungen des Vatikans erfüllen wird oder nicht. MC.

Wirtschaft

Ungarn

Vorratshaltung

Zu den Ungereimtheiten der kommunistischen Planwirtschaft gehört der Zwiespalt zwischen Planung und Bestellung der benötigten Materialien und Vorräte. Um Engpässe in der Versorgung mit Produktions- und Konsumgütern (für welche sie letztlich verantwortlich gemacht werden) nach Möglichkeit zu vermeiden, pflegen die Direktoren der staatlichen Betriebe regelmässig grössere Vorräte an Material zu bestellen, als der Plan ihnen vorschreibt. Dabei ist diese Praxis für die Direktoren eine Gleichung mit zwei Unbekannten: je nach der entsprechenden Lage erhalten sie die Materialien in vollem Umfang ihrer Bestellung oder nur teilweise. Die Budapester Zeitschrift «Figyelö» veranstaltete Ende Januar dieses Jahres eine Umfrage zu diesem Problem, wobei allgemein kritisiert wurde, dass Planung und Bestellung der Materialvorräte zeitlich nicht übereinstimmen.

In ihrem Bericht hob die Zeitschrift hervor, dass die richtige Bewirtschaftung der Vorräte von besonderer Bedeutung sei. *Die gesamten Vorräte seien von 2,6 Prozent im Jahre 1959 auf 8,3 Prozent des ungarischen Bruttosozialproduktes im Jahre 1961 angestiegen und damit immobil.* Wegen der zu beobachtenden Tendenz der Zunahme der Vorräte fordert die Zeitschrift eine «einheitliche Politik für die Material- und Vorrätebewirtschaftung».

Eine angemessene Lösung dieses Problems lässt sich aber in der Planwirtschaft kaum realisieren, weil im planwirtschaftlichen System eine verkehrswirtschaftliche Wirtschaftsrechnung undurchführbar ist.

Immerhin zeigt der ungarische Bericht ein weiteres Mal, dass es im Ostblock Tendenzen gibt, gewisse marktwirtschaftliche Vorstellungen zu übernehmen. Bereits in den Vorschlägen des sowjetischen Wirtschaftswissenschafters Prof. Liberman (siehe KB Nr. 48/1962) sind solche Tendenzen zum Ausdruck gekommen.

FERENC FRICSAY

Am Morgen des 20. Februars 1962 verschied in Basel der berühmte Dirigent Ferenc Fricsay im Alter von 48 Jahren.

Der am 9. August 1914 in Ungarn geborene Fricsay erhielt als Schüler Béla Bartóks und Zoltan Kodalys seine Ausbildung an der Budapester Musikhochschule und trat im Jahre 1945 in das Rampenlicht der Musikwelt, als er buchstäblich im Donner der Geschütze die Leitung der Budapester Oper und des Städtischen Symphonieorchesters der Stadt übernahm. Sein Einspringen für den plötzlich erkrankten Otto Klemperer bei der Uraufführung der Oper «Dantons Tod» von Gottfried von Einem während der Salzburger Festspiele des Jahres 1947 bedeutete für ihn zugleich den Absprung aus dem kommunistischen Machtbereich. 1948 wurde Fricsay als Leiter des eben gegründeten Rias-Symphonieorchesters nach Berlin berufen. Es gelang ihn in kurzer Zeit, dieses Orchester zu internationalem Ruhm zu führen. Zur gleichen Zeit schuf Fricsay als Generalmusikdirektor der Städtischen Oper Berlin bis zum Jahre 1952 aus der Asche des zerschlagenen Glanzes der ehemaligen Deutschen Oper ein neues, weithin bekanntes Operntheater. Als Gast konzertierte er mit den ersten Orchestern der Welt in zahlreichen Musikzentren Europas und Amerikas. 1955 berief ihn die Bayrische Oper in München an ihre Spitze. 1959 zog es Fricsay wieder nach Berlin, wo er das Radio-Symphonieorchester gründete und später die festliche Premiere der 1961 neuerbauten Deutschen Oper Berlin leitete. Seither war er künstlerischer Beter dieser Institution.

Mit Ferenc Fricsay verliert die Musikwelt nicht nur eine überragende Dirigentenpersönlichkeit, sondern auch den wohl bedeutendsten kongenialen Interpreten seiner grossen Lehrer Bartók und Kodaly.